Sie haben die Familiengrundschulzentren angesprochen. Ja, diese sind wichtig und richtig. Sie fordern entsprechend deren Ausbau. Aber ich darf auch sagen, dass wir hier bereits tätig sind und konkret handeln.

Wir wissen, dass Familiengrundschulzentren dort unterstützen und vernetzen – Sie haben es angesprochen –, wo sich Kinder täglich aufhalten und begegnen. Landesweit werden sie an rund 50 Standorten in 17 Kommunen über das Landesprogramm „kinderstark – NRW schafft Chancen“ entsprechend gefördert.

Wir haben als Ministerium für Schule und Bildung am 23. März dieses Jahres noch eine weitere Förderrichtlinie zu den Familiengrundschulzentren im Ruhrgebiet veröffentlicht. Ich glaube, dass sie dort gut angesiedelt sind. Dieses Projekt des MSB ist Teil der Ruhr-Konferenz und fördert den Ausbau und Betrieb von Familiengrundschulzentren in den Kommunen des Ruhrgebiets.

Wir haben für das Haushaltsjahr 2021 Mittel in Höhe von 1 Million Euro für diese Förderung bereitgestellt. Die ersten von unserem Hause geförderten Familiengrundschulzentren werden dann voraussichtlich nach den Sommerferien 2021 ihren Betrieb aufnehmen.

Es war mir wichtig, Ihnen mitzuteilen, dass wir in diesem Zusammenhang als Ministerium tätig geworden sind und die Familiengrundschulzentren nach den Sommerferien starten können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor, sodass wir am Schluss der Aussprache angelangt sind.

Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, den Antrag Drucksache 17/13777 an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich darf fragen, ob es hier Gegenstimmen gibt. – Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige **Zustimmung zu dieser Überweisungsempfehlung** fest.

Ich rufe auf:

3 Abschlussbericht der Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ (Enquetekommission III)

Abschlussbericht
der Enquetekommission III
gemäß § 61 Absatz 3
der Geschäftsordnung
Drucksache 17/13750

zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 17/3754

Ich erteile zuerst dem Vorsitzenden der Enquetekommission III, dem Abgeordneten Dr. Stefan Nacke, das Wort zu einer mündlichen Berichterstattung.

Dr. Stefan Nacke (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Es ist vollbracht“, entfuhr es mir nach der Abschlussabstimmung am 19. März nach 32 Kommissionssitzungen, ebenso vielen Obleuterunden, unzähligen Arbeitskreisbesprechungen in den Fraktionen und Referentenrunden, neun Anhörungen und Fachgesprächen sowie einer Klausurtagung in meiner schönen Heimatstadt Münster.

18 Kommissionsmitglieder, 13 Abgeordnete, fünf Sachverständige haben gemeinsam mit den Referentinnen und Referenten der Fraktionen, der wissenschaftlichen Referentin des Kommissionssekretariats sowie sich abwechselnden Kommissionsassistenten unter Hilfe des Sitzungsdokumentarischen Dienstes 83 externe Sachverständige angehört, 30 schriftliche Stellungnahmen und ein umfangreiches Gutachten ausgewertet und 85 Handlungsempfehlungen entwickelt, die gemeinsam mit den thematischen Problemaufrissen 152 Seiten unseres Abschlussberichtes ausmachen.

„Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“. Das Thema der Enquetekommission, das demokratietheoretische, nämlich partizipative sowie föderale Perspektiven, in gewisser Weise Struktur und Semantik, miteinander verschränkt, hatte die CDU-Fraktion beantragt.

Der einstimmige Einsetzungsbeschluss ist auf den 12. Oktober 2018 datiert, und die konstituierende Sitzung fand dann am 11. Dezember statt. Eigentlich wollten wir zu den unterschiedlichen politischen Ebenen, Kommune, Land und Europa, weitere Klausurtagungen mit Anhörungen in Berlin und Brüssel durchführen. Doch die Pandemie hat dies verhindert. So sind auch wir in einen digitalen Arbeitsmodus gekommen und haben die Vor- und Nachteile erlebt, wenn man formal auf die zwei Dimensionen des Bildschirms beschränkt wird und informelle Zufallsgelegenheiten durch gezielt intendierte Kommunikation kompensiert werden müssen.

Die Arbeitsatmosphäre war respektvoll-freundlich, zuweilen auch leidenschaftlich, der Prozess offen angelegt. Viele Anregungen für den weiteren Verlauf der Arbeit von den sachverständigen Mitgliedern wurden aufgegriffen, und auch die Referentinnen und Referenten haben sich stark eingebracht.

Eine Enquetekommission ist im parlamentarischen Geschehen etwas Normales und etwas Besonderes zugleich. Einerseits entspricht ihre politische Zusammensetzung den Mehrheitsverhältnissen des Hauses, andererseits sind es in besonderer Weise die sachverständigen Mitglieder, zumeist aus der Wissenschaft, die die Debatten inhaltlich anreichern und mitunter eingefahrene Perspektiven überschreiten lassen.

Wissenschaftliche und politische Logiken werden miteinander verschränkt, um abseits des Tagesgeschäftes möglichst sachlich längerfristige Themen auszuloten und für den politischen Betrieb in Form von Handlungsempfehlungen anschlussfähig zu machen.

In Pandemiezeiten wird viel über das Verhältnis von Wissenschaft und Politik gesprochen, über Ableitung und Abwägung bis hin zu Expertokratie. Eine parlamentarische Enquetekommission ist in gewisser Weise ein Labor, etwas Außeralltägliches, ein Think-tank und Reflexionsraum, zuweilen auch eine Nische, in der das sonst übliche Regierungs-Oppositions-Schema des politischen Geschäfts durchbrochen werden kann.

Die antragstellende Fraktion hatte es ernst gemeint. Wir haben ein Thema beschrieben, offene Fragen gestellt und wollten das Instrument einer Enquetekommission nicht dafür missbrauchen, einen vorgefertigten Plan aus der Schublade zu ziehen und diesen dann einfach durchzuexerzieren.

Diese Offenheit bedarf einerseits Mut und Zuversicht, andererseits Vertrauen, Geduld und ein Sich-Einlassen auf vielfältige Methoden der Ausweitung und Reduktion von Komplexität. Bunte Zettel, Bepunktungen, Flipcharts, Stuhlkreise, World Café, Round Tables, Fishbowls, Townhall Meetings: Für mich ist ein Ergebnis unserer gemeinsamen Arbeit, dass wir den parlamentarischen Instrumentenkasten durchaus um weitere, offenere Formen erweitern können, die Dialog und Verständigung ermöglichen und eingefahrene Kreise verlassen helfen.

Politik lebt von Überzeugungen, Wertorientierung und Interessenslagen. Es gibt die großen darstellenden Formate in den Plenardebatten und Ausschusssitzungen, in denen die Unterschiedlichkeiten öffentlich sichtbar profiliert werden. Dabei ist der Grundmodus der mehr oder weniger mit dem Florett ausgetragene Streit.

Damit aber die politische Funktion, nämlich die Herstellung kollektiver Verbindlichkeit, überhaupt erfolgreich wirken kann, bedarf es als zweiter Fähigkeit eines hohen Maßes an Verhandlungsgeschick. Hierbei geht es nicht einfach um Streitschlichter, wie wir sie aus dem Schulkontext kennen. Wenn kollektive Verbindlichkeit hergestellt werden muss, wenn ganz konkrete Ergebnisse gefragt sind und dabei einander entgegenstehende Perspektiven miteinander versöhnt werden wollen, kann es bei aller freundlichen und verständnisvollen Perspektivüberschreitung nicht um die Aufgabe der eigenen Identität gehen. Das wäre naiver Konsens, Nonsens.

Die große politische Leistung ist es, Dissense so lange und in einer solchen Form zu bearbeiten, bis sich Toleranzbereiche auftun, auf die es sich um des großen Ganzen willen einzulassen lohnt. In diesem Sinne geht es um den Kompromiss als die Seele der Politik. Für mich persönlich sind die solchermaßen Ambivalenz- und Kompromissfähigen und nicht die populären und populistischen Lautsprecher die eigentlichen politischen Helden.

An vielen Stellen sind uns Kompromisse gelungen. Ich danke den Beteiligten für ihre vorbildliche Mühe. An anderen Stellen – so zeigen es Sondervoten – haben wir festgehalten: We agree to disagree. Ein Abschlussbericht ist dann ein Zwischenbericht und zeigt für die weitere Zukunft die politischen Herausforderungen.

Für die Konstruktivität unserer Beratung hilfreich war die Nichtöffentlichkeit unserer Beratungen, die wir heute mit dem veröffentlichten Abschlussbericht und unserer Debatte beenden.

Damit zu einem Stichwort unserer inhaltlichen Arbeit: politische Partizipation. Die Enquetekommission empfiehlt, direktdemokratische und deliberativ-beratende Verfahren auszuweiten, um jenseits des Wahlaktes weitere Beteiligungsoptionen anzubieten. Dafür steht die Empfehlung eines Partizipationsbeauftragten auf Landesebene. Auf kommunaler Ebene sollen insbesondere durch zufallsgesteuerte Auswahl von Bürgerinnen und Bürgern beratende Gremien genutzt werden, um über die Arbeit der Räte und Kreistage hinaus Ideen und Lösungsansätze zu entwickeln.

Angeregt wird zudem ein Leitfaden für eine neue Planungskultur, in der deliberative, beratende Methoden im Planungsverfahren zum Beispiel bei Infrastrukturvorhaben mit einer frühzeitigen Beteiligung unterschiedlicher Interessensgruppen ergänzend ausgeweitet werden sollen.

Zum Stichwort „kommunalpolitisches Ehrenamt“. Ein besonderes Augenmerk legt die Kommission auf Anreizstrukturen zur Ermöglichung und Steigerung der Attraktivität des kommunalpolitischen Mandats. Dazu gehören vor allem eine Flexibilisierung der Rats- und Ausschussarbeit durch zeitliche Begrenzungen, rollierende Sitzungsmodelle oder die Verringerung von verpflichtenden Präsenzzeiten, zum

Beispiel durch Videozuschaltungen oder cloudbasierten Austausch.

Angeregt wird auch die zeitweilige Aufhebung des Anwesenheitsprinzips in Fällen von Krankheit oder Betreuung und Pflege von Angehörigen bis hin zu befristeten Übertragungsmöglichkeiten von Stimmrechten nach niederländischem Vorbild.

Zum Stichwort „politische Bildung“. Demokratie braucht mündige Bürger, und das bedeutet politische Bildung. Wir haben heute Morgen schon viel darüber gehört. Dazu sollen neue Angebote in der Erwachsenenbildung, insbesondere in der Landeszentrale für politische Bildung sowie im schulischen Bereich beitragen.

Um mehr junge Menschen zu erreichen, empfiehlt die Kommission unter anderem einen landesweit jährlich stattfindenden Tag der Kommunalpolitik an Schulen und auch die landesweite Ausweitung des in einigen nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden erfolgreich erprobten kommunalpolitischen Praktikums für Schülerinnen und Schüler.

Ein Freiwilliges Soziales Jahr Politik unter Einbeziehung der Kommunalpolitik oder die Nutzung sogenannter Serious Games wurden empfohlen.

Damit zum Stichwort „Digitalisierung“. Die Enquetekommission versteht auch Digitalisierung als landespolitische Gestaltungsaufgabe für die Stärkung der Demokratie. Sie befürwortet, Kommunen bei der Bereitstellung digitaler Informations- und Mitmachmöglichkeiten über digitale Plattformen und soziale Medien wie zum Beispiel die StadtApp und bei der Digitalisierung der Kommunalverwaltung zu unterstützen.

Ein letztes Stichwort möchte ich nennen: „Zusammenarbeit der Landtage“. Zur Stärkung des Parlamentarismus in den Ländern empfiehlt die Enquetekommission den Ausbau interparlamentarischer Zusammenarbeit zwischen den Landtagen, ein Thinktank für Landesparlamente sowie eine Subsidiaritätskontrolle für die Bund-Länder-Beziehungen unter Einbeziehung der Parlamente.

Meine Damen und Herren, abschließend bleibt der Dank, den ich zunächst an meinen Fraktionsvorsitzenden Bodo Löttgen richten möchte, der die Anregung zu dieser Enquetekommission engagiert aufgegriffen und sie inhaltlich unterstützt und gefördert hat.

(Beifall von der CDU und von Angela Freimuth [FDP] – Josef Hovenjürgen [CDU]: Guter Mann!)

– Wahrlich ein guter Mann, ja.

Ich danke allen externen Gesprächspartnern und Experten, natürlich den Mitgliedern der Kommission, neben den Abgeordneten und Sprechern der Fraktionen in besonderer Weise unseren sachverständigen Mitgliedern, namentlich Herrn Dr. Martin Florack, Frau Professorin Caja Thimm, Herrn Professor Frank Decker, Herrn Dr. Raban Fuhrmann und Herrn Dr. Georg Binzenbach. Ich danke den Referentinnen und Referenten der Fraktionen, ohne die wir Abgeordnete zuweilen blank dastehen würden.

In besonderer Weise danke ich stellvertretend für das Kommissionssekretariat und die Landtagsverwaltung namentlich Frau Simone Schönell, die gerade auf der Tribüne sitzt,

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

die als wissenschaftliche Referentin der Landtagsverwaltung maßgeblichen Anteil an der Konstruktivität des Prozesses hatte, den die Enquetekommission bedeutet hat.

Es wäre schön, wenn unsere mitunter auch leidenschaftlichen Debatten und der vorliegende Bericht ein wenig dazu beitragen könnten, dass sich die politische Kultur unseres Landes demokratisch weiterentwickelt. Freuen würde mich, wenn aus Handlungsempfehlungen im weiteren parlamentarischen Prozess Gesetzesinitiativen und Anträge werden. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der FDP und von Roger Beckamp [AfD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Nacke, für Ihre einführenden Worte in die jetzt beginnende Aussprache, in welcher nun zunächst Herr Kollege Franken von der CDU-Fraktion das Wort hat.

Björn Franken (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor rund zwei Jahren haben wir, alle Fraktionen in diesem Hohen Haus, für die Einsetzung dieser Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation“ gestimmt. Unabhängig von unserer Parteizugehörigkeit haben wir seitdem das gemeinsame Ziel verfolgt, die parlamentarische Demokratie bei uns in Nordrhein-Westfalen zu stärken.

Diese Enquetekommission war ganz ohne Zweifel etwas Besonderes, denn hier war der Weg das Ziel. Wir haben unabhängig von Lagerbildungen die Gemeinsamkeiten in verschiedenen grundsatzpolitischen Themen gesucht und auch viele entdeckt. Das war anstrengend, das war fordernd, und das war teilweise sicherlich auch bis zum Zerreißen gespannt. Aber wir sind im Dialog geblieben und haben nach Kompromissen gesucht, diese Kompromisse auch gefunden und in 85 Handlungsempfehlungen festgehalten.

Auch ich möchte mich dem Dank anschließen und den beteiligten Fraktionen, all meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitskreis, meinem Vorgänger als Sprecher Marco Voge, der heute hier im Hause ist, unserem Sachverständigen Martin Florack,

unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und natürlich der Landtagsverwaltung für diese Fleißarbeit und die gute Zusammenarbeit ein ganz herzliches Dankeschön aussprechen.

Für die CDU war der Bereich des kommunalpolitischen Ehrenamtes besonders wichtig; denn es bildet die Basis aller demokratischen Partizipation. Ohne das Engagement der vielen ehrenamtlich Aktiven gäbe es keine Kommunalpolitik – zumindest nicht in der Form, wie wir sie kennen. Und genau deshalb ist es unsere Aufgabe, das Ehrenamt nicht immer komplexer und immer zeitaufwendiger zu machen. Wir haben viele Vorschläge ausgearbeitet, wie unsere kommunalen Mandate familienfreundlicher und attraktiver gestaltet werden können.

Diese dringend notwendigen Verbesserungen erreichen wir zum Beispiel durch die Einführung von digitaler Ratsarbeit oder die Erprobung von Kinderbetreuung während der Gremienzeit. Das Prüfen der Startzeiten und eine Systematik zur Begrenzung der Sitzungsdauer können das kommunale Ehrenamt für neue Engagierte genauso attraktiv machen wie eine zeitlich befristete Übertragung des Stimmrechts für zum Beispiel Frauen in Mutterschutz oder Menschen, die einen plötzlich erkrankten Angehörigen pflegen müssen.

Intensiv beraten haben wir auch über die politische Bildung. Sie ist der Schlüssel, um Menschen für unsere Demokratie zu sensibilisieren, und wir haben viele Vorschläge für die vorschulische, die schulische, aber auch die Erwachsenenbildung unterbreitet. Wir müssen die Menschen befähigen, Meldungen in Zeiten von Fake News und schier unendlichen Informationen eigenständig zu analysieren und kritisch zu hinterfragen. Um dies zu erreichen, müssen wir politische Bildung viel stärker digitalisieren und neue digitale Wege mit flexibleren Lernformen gehen.

Im schulischen Bereich sollten neue Handreichungen unsere Demokratie, demokratische Prozesse und Notwendigkeiten aufzeigen. Auch neue Bereiche wie zum Beispiel Serious Games können helfen, spielerisch mehr Verständnis von und mehr Lust auf Demokratie und Teilhabe zu wecken bzw. zu machen und auch das Verständnis für politische Entscheidungen und deren Entscheider zu fördern.

Ein starkes Element war natürlich auch die Partizipation: Wie können wir Menschen über Themen zum Mitmachen bewegen? – Die Vorschläge liegen auf dem Tisch. Wir können etwa Bürgerräte weiter erproben und Beteiligungsgremien bei zum Beispiel großen Infrastrukturprojekten bilden.

Wir haben natürlich auch über den Tellerrand von NRW hinausgeschaut. Gerade Corona hat gezeigt, wie separiert voneinander unsere Bundesländer handeln. Wir wussten auch vor Corona, dass eine stärkere Vernetzung der Länderparlamente gewinnbringend für alle sein kann und hilft, gemeinsam mehr zu erreichen.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ansätze zur Stärkung der Demokratie bei uns in Nordrhein-Westfalen sind genauso vielfältig wie die Herausforderungen, denen sie selbst gegenübersteht. Mit den insgesamt 85 Handlungsempfehlungen, die wir in der Enquetekommission während der vergangenen zwei Jahre erarbeitet haben, legen wir den Grundstein für eine starke Zukunft unserer parlamentarischen Demokratie. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Franken. – Jetzt hat Herr Kollege Professor Dr. Bovermann für die SPD das Wort.

Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Von den drei Sondergremien, denen ich bisher angehören durfte, war die Enquetekommission III zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie im föderalen System das schwierigste Projekt.

Dies war zum einen aus thematischen Gründen der Fall, weil allein die Schlagworte „Demokratie“, „Repräsentation“, „Parlamentarismus“ und „Föderalismus“ ausreichen, um meterweise Regale mit Literatur zu füllen.

Zum anderen war das aus verfahrenstechnischen Gründen der Fall, weil diese Enquete bereits in ihrem Einsetzungsbeschluss ein klares Untersuchungskonzept vermissen ließ, die Fragestellungen unpräzise blieben und die Verbindung der Themenblöcke „Partizipation“ und „Subsidiarität“ das Geheimnis der Antragsteller blieb. So musste die Kommission einen langen Weg zurücklegen, um zu sich zu finden.

Unterschiedliche demokratietheoretische Vorstellungen zum Beispiel zum Thema „Repräsentation“ oder zum Begriff „Subsidiarität“ hemmten ebenso das Fortkommen wie der Dissens hinsichtlich des Stellenwertes der Wissenschaft gegenüber der Politik und die finanzpolitischen Vorbehalte bei Veränderungen des Status quo.

Am Ende hatte die Kommission zwar viele Anhörungen durchgeführt, sie aber wenig systematisch ausgewertet und den Überblick über die Handlungsempfehlungen verloren.

Im Dezember des vergangenen Jahres trat dann doch noch ein Wunder ein. Die Fraktionen, die für eine Weiterentwicklung der parlamentarischen Demokratie stehen, verständigten sich in mehreren Lesungen doch noch auf einen gemeinsamen Abschlusstext. Ich bedanke mich daher an dieser Stelle ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der

genannten Fraktionen, bei den Sachverständigen und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ohne Zweifel steht die parlamentarische Demokratie in Nordrhein-Westfalen vor großen Herausforderungen.

Nach einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, ausgewertet von Professor Decker, war 2019 fast jeder Zweite der befragten NRW-Bürger weniger oder überhaupt nicht mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Probleme sahen die Befragten in der geringen Wahlbeteiligung gerade von ärmeren Menschen, der nichtrepräsentativen Zusammensetzung der Parlamente und den fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten.

Als SPD haben wir uns daher vor allem für Handlungsempfehlungen eingesetzt, die die Legitimation verbreitern, soziale Selektivität mindern und Vertrauen in politische Entscheidungen und Prozesse stärken sollen.

Ich möchte das an einigen Beispielen deutlich machen: Wir haben zwar ein allgemeines Wahlrecht, schließen aber immer noch erhebliche Teile der in unserem Land lebenden Bevölkerung aus. Deshalb setzen wir uns für eine Absenkung des aktiven Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre ein und haben mit den Grünen und der FDP sogar eine Mehrheit dafür in der Enquete gefunden. Darüber hinaus gibt es zusammen mit den Grünen Sondervoten für ein Kommunalwahlrecht für Nicht-EU-Ausländer und paritätisch besetzte Listen, um der Unterrepräsentanz von Frauen in Parlamenten entgegenzuwirken.

Die Beteiligung an Wahlen und direktdemokratischen Abstimmungen ist ebenfalls durch soziale Ungleichheit gekennzeichnet. Als ergänzendes Instrument konnte sich die Kommission auf deliberative Verfahren einigen. Eine Zufallsauswahl von Bürgerinnen und Bürgern soll eine repräsentativere Interessenberücksichtigung sichern. Diese Bürgerräte können beispielsweise bei Infrastrukturprojekten beratend mitwirken und helfen, Konfliktsituationen im Vorfeld aufzulösen. Schließlich begegnet uns Ungleichheit auch im Bereich der politischen Bildung. Bezeichnungen von Schulfächern und Curricula fallen ebenso unterschiedlich aus wie fachfremder Unterricht nach Schulform.

Die Enquete votiert für eine Stärkung der politischen Bildung von der Kita an und für alle Schulformen. Für die SPD geht das nur mit qualifiziertem Personal, das in einem integrativen Studiengang Sozialwissenschaften ausgebildet wurde. Kinder und Jugendliche müssen bereits in der Kita und in der Schule Mitbestimmung erfahren können.

Damit diese und weitere Handlungsempfehlungen auch umgesetzt werden, wird das Bohren dicker Bretter notwendig sein. Enquetekommissionen entfalten ihre Wirkung bekanntlich eher mittel- und langfristig, aber ohnehin sollte eine aktive Demokratiepolitik zur Daueraufgabe dieses Parlaments werden, und das ist vielleicht auch die wichtigste Botschaft der Enquetekommission III. – Danke schön.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, Josef Hovenjürgen [CDU] und Angela Freimuth [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Professor Dr. Bovermann. – Nun hat Frau Freimuth das Wort für die FDP-Fraktion.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Einsetzungsantrag machte in der Tat neugierig auf die Intention und das Ziel dieser Enquete. Unter Einbeziehung von Sachverständigen und Experten aus Wissenschaft und Praxis haben wir Empfehlungen über tagesaktuelle Politik hinaus entwickelt. Jede Anregung wurde hinterfragt, erläutert und schließlich bewertet.

Der Vorsitzende hat bereits der Landtagsverwaltung, den Sachverständigen, den Referenten und natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen gedankt. Dem will ich mich ausdrücklich anschließen, aber natürlich auch den Vorsitzenden mit einbeziehen. Ganz besonders danken meine Kollegin Susanne Schneider und ich auch unserer Referentin Maja Stefic und unserem Sachverständigen Herrn Dr. Fuhrmann.

(Beifall von der FDP)

Danken will ich aber auch den Abgeordneten für konstruktive Beratungen, in denen aus unterschiedlichen Positionen häufig dann auch gemeinsame Gedanken entwickelt werden konnten. Natürlich blieben Unterschiede, aber der Diskurs war intellektuell bereichernd und hat meine Wertschätzung für euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn ihr politische Wettbewerber seid, doch eher gestärkt.

Insgesamt hat der Bericht durchaus auch die Stärke der parlamentarischen Demokratie unterstrichen. Und die Fähigkeit zum Kompromiss ist eine Stärke der parlamentarischen Demokratie.

Die Gewaltenteilung ist eine weitere Stärke unserer Demokratie, und zwar insbesondere dann, wenn Länderparlamente ihre Kompetenzen, nämlich die Kompetenzen der Legislative, selbstbewusst auch gegenüber der Exekutive behaupten. Deswegen erscheint es uns in der Tat sinnvoll, eine Zusammenarbeit der Länderparlamente zu stärken. Die Exekutive stimmt sich schließlich auch in Kompetenz- oder Sachfragen ab. Auch international gibt es eine ganze Reihe von Modellen der Parlamentskooperation, die sicherlich nicht alle eins zu eins zu uns passen, aber dennoch einige gute Ideen zur Stärkung der interparlamentarischen Zusammenarbeit – Stichwort: „Thinktank“ – erkennen lassen.

Lebendige Demokratie verlangt Kommunikation, Information und Beteiligung. Deshalb gilt es, demokratische und politische Bildung passgenau zu stärken, und das altersentsprechend in allen Lebensphasen von Kita über Schule bis zur Weiterbildung. Es ist heute Morgen in der Debatte schon an mehreren Stellen deutlich geworden, wie notwendig das ist.

Im KiBiz ist bereits ein wichtiger Grundstein gelegt. Wünschenswert wären im Sinne des Sprichworts „Tue Gutes und rede darüber“ weitere Publikationen zum Beispiel über die guten Projekte von Trägern der Kinder- und Jugendarbeit, die wir in diesem Land auch schon haben, um von anderen zu lernen – Stichwort: Best Practice. Dazu zählen natürlich auch Handreichungen für Kitas zur Demokratiebildung ebenso für Schulen zur politischen Bildung als Querschnittsaufgabe.

Dabei sollten nicht nur globale Themen, sondern auch die kommunalpolitischen Themen stärker berücksichtigt werden. Kinder und Jugendliche haben auf dieser Ebene eine ganz natürliche Nähe sowohl zu den Entscheidern als auch zu den Entscheidungen und den Themen. In Kinder- und Jugendparlamenten, die es auch in vielen Städten schon sehr erfolgreich gibt, können Kinder und Jugendliche schon unterhalb des aktiven Wahlrechts von 16 Jahren, das wir auf kommunaler Ebene in Nordrhein-Westfalen schon haben, aktiv mitwirken. Es ist bereits erwähnt worden: Im Hinblick auf Landtags- und Bundestagswahlen müssen wir in Bezug auf das Wahlalter noch etwas Überzeugungsarbeit leisten.

In Sachen „Kinder- und Jugendbeteiligung“ könnte die Erarbeitung einer Mustersatzung – auch unter Beteiligung des Kinder- und Jugendrates in Nordrhein-Westfalen –

(Beifall von Dr. Nadja Büteführ [SPD])

als gutes Beispiel dienen und hoffentlich viele aktive Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker für eine engagierte Kinder- und Jugendbeteiligung motivieren.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Überhaupt wäre eine beteiligungssensible Verwaltungs- und Politikkultur eine wichtige Aufgabe, auch übrigens für Behördenleitungen, aber genauso in dem ganzen Bereich der Mitarbeiterqualifikation.

Digitalisierung kann in vielen Bereichen Beteiligung erleichtern. Auf Landesebene haben wir ja zum Beispiel schon Beteiligung.NRW oder Open.NRW. Natürlich eröffnet – auch das ist von den Kollegen auch schon angesprochen worden – Digitalisierung auch für die konkrete kommunalpolitische Arbeit attraktive und neue Möglichkeiten.

Nur zu einigen Fragen geben wir in dem Abschlussbericht Empfehlungen und Anregungen. Demokratiepolitik ist aber dynamisch und muss immer wieder neu Bürgerinnen und Bürger interessieren und idealerweise auch begeistern. Wir können Demokratie nicht nur daran messen, welch klugen Beschlüsse wir hier im Landtag fassen. Das tun wir natürlich. Aber die entscheidende Frage ist doch, wie wir die Gesellschaft und die Gestaltung unserer Gesellschaft als gemeinsame und immer wieder neue aktive Aufgabe für und mit allen Menschen in unserem Land annehmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Freimuth. – Nun spricht für die Grünen Herr Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es war ohne Frage richtig und notwendig, diese Enquetekommission einzusetzen. Wir leben in einer Zeit, in der Rechtsextreme, Rechtspopulisten und Verschwörungsschwurbler unsere Demokratie real bedrohen und auch in den Parlamenten eine Fraktion sitzt, die immer wieder die Mittel des Parlaments nutzt, um gegen unsere parlamentarische Demokratie zu agitieren und den Parlamentarismus verächtlich zu machen.

Die Antwort auf all diese Bedrohungen kann nur lauten: jetzt erst recht – jetzt erst recht mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Beteiligung.

Ich halte den Abschlussbericht durchaus für einen Erfolg, weil er viele Wege aufweist, diese Ziele zu erreichen. Nichtsdestotrotz würde ich mich gerne schon ein Stück weit dem gemischten Fazit des Kollegen Professor Bovermann zur Kommissionsarbeit anschließen.

Wir hatten eine hochrelevante Frage. Wir haben viele neue Methoden gemeinsam ausprobiert, die auf die künftige Kommissionsarbeit übertragen werden sollten.

Dennoch war der Prozess durchaus beschwerlich. Es hat sicherlich auch mit den Bedingungen des Pandemiebetriebs zu tun gehabt, dass der klassische Enquetespirit, sich über Lagergrenzen hinaus verständigen zu können, über den Tag hinaus zu denken, zumindest über weite Teile des Prozesses nicht so aufgekommen ist, wie ich mir das manchmal gewünscht hätte. Ich glaube, wir haben es am Ende durchaus hingekriegt, aber in anderen Kommissionen hat das früher funktioniert.

Dazu kam ein Einsetzungsauftrag, bei dem es nach meinem Dafürhalten – in der Rückschau – durchaus sinnvoll gewesen wäre, ihn vor der Einsetzung schon an der einen oder anderen Stelle noch etwas zu konkretisieren. So haben wir an vielen Stellen gute

Handlungsempfehlungen finden können, aber an einigen dann zumindest nicht in der Tiefe.

Diese Verfahrenskritik soll aber die inhaltlichen Erfolge nicht überlagern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns in der Enquetekommission auf die Notwendigkeit verständigen können, ein Lobbyregister und einen legislativen Fußabdruck einzuführen. Denn das beste Mittel gegen Zweifel am politischen Prozess – und diese Zweifel hat es gerade in den letzten Monaten immer wieder gegeben – ist Transparenz.

Es muss in der Demokratie Grundsatz sein: Zugang zu den Institutionen, Zugang zu politischer Macht darf nicht vom Geld abhängig sein. Deswegen brauchen wir klare Regeln. Dafür gab es und gibt es in diesem Hause genug Vorschläge. Sie müssen jetzt politische und rechtliche Realität werden.

Wir haben in dem Enquetebericht erstmals in diesem Landtag eine demokratische Mehrheit für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre zur Landtagswahl festgeschrieben. Gerade in dieser Zeit erleben wir doch, wie verantwortungsvoll, wie solidarisch sich junge Menschen verhalten. Sie haben mehr Mitbestimmung verdient. Geben wir ihnen den Raum. Dafür brauchen wir neben dem Wahlalter auch die Stärkung der Jugendpartizipation, für die wir viele Empfehlungen gemacht haben.

Es ist uns erstmals gelungen, in einem Kommissionsbericht Bürgerräte und Instrumente der deliberativen Demokratie als dritte Säule neben der parlamentarisch-repräsentativen und der direkten Demokratie zu verankern. So können wir Menschen erreichen, die wir sonst nicht erreichen, und hören nicht immer nur diejenigen, die ihre Interessen ohnehin gut vertreten.

Dazu gehören auch die Chancen der digitalen Demokratie, aber eben mit ihren vielen Voraussetzungen: Medienkompetenz, Open Data, Open Government und eine beteiligungsfreundliche Kultur der digitalen Verwaltungen.

Schließlich haben wir in dem Enquetebericht Vorschläge gemacht, wie wir die Gremien diverser und attraktiver machen können, weil die Parlamente, so wie sie derzeit aussehen, eben weißer, männlicher und älter sind, als die Gesellschaft des Jahres 2021 es ist, die von ihnen repräsentiert werden soll. Repräsentation braucht wirkliche Vertretung der Bevölkerungsgruppen, braucht auch klare Regeln dafür, wie wir das gewährleisten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der grüne Wandel, vor dem unsere Gesellschaft steht, wird tiefgreifend sein. Er wird sich hier in Nordrhein-Westfalen besonders stark zeigen.

Dort, wo alte Gewissheiten verschwinden, entstehen neue Chancen, aber auf diesem Weg dürfen wir niemanden verlieren. Dieser Wandel ist deshalb auch eine demokratische Herausforderung. Der Bericht der Enquetekommission gibt uns viele Hinweise, wie wir das schaffen können. Vielen Dank dafür und vielen Dank an alle, die daran konstruktiv mitgewirkt haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, Prof. Dr. Rainer Bovermann [SPD] und Susanne Schneider [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Bolte-Richter. – Jetzt hat Herr Beckamp für die AfD-Fraktion das Wort.

Roger Beckamp (AfD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zitat:

> „Demokratie lebt vom öffentlichen Diskurs und der argumentativen Auseinandersetzung mit verschiedenen Problemlösungsangeboten.“

So beschreibt der Beschluss, mit dem die Enquetekommission III, über die wir heute reden, vor gut zweieinhalb Jahren eingesetzt wurde, den idealen Zustand einer demokratischen Gesellschaft.

Man könnte es auch etwas weniger sperrig und viel schöner sagen, so wie George Orwell – Zitat –:

> „Wenn Freiheit überhaupt etwas bedeutet, dann vor allem das Recht, anderen Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen.“

Aber wurde diese Kommission, die schließlich den Begriff „Demokratie“ im Namen trägt, ihrem eigenen Anspruch gerecht? Wir wissen es, Sie wissen es, und die Leute im Land ahnen es: leider nein, leider gar nicht.

Aufgabe der Kommission, über die wir hier berichten, war es, gemeinsam zu diskutieren und Argumente für die besten Ideen auszutauschen, um Demokratie in unserem Land voranzubringen. Es sollte etwa um Lösungen für ein attraktiveres kommunales Ehrenamt, die bessere Beteiligung von mehr Menschen an demokratischen Entscheidungen und politische Bildung gehen.

Das ist zum Teil auch gelungen. Denn es wurde an vielen Stellen gut zusammengearbeitet. An noch mehr Stellen ist jedoch wohl überwiegend Geschwurbel herausgekommen.

Für uns als AfD-Fraktion lässt sich jedenfalls ein Fazit ziehen, das sehr gut in einer Meldung der Deutschen Presse-Agentur von vorgestern zusammengefasst wird – Zitat –:

> „Ungewöhnlich für eine fraktionsübergreifend zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen arbeitende Enquete-Kommission, die üblicherweise mit einzelnen abweichenden Sondervoten aus-

kommt: Die AfD-Opposition hat gegen den Abschlussbericht gestimmt. Die Zusammenarbeit habe ‚massive demokratische Mängel' gehabt und sei keineswegs konstruktiv und kompromissgeleitet gewesen, kritisierte der AfD-Abgeordnete Roger Beckamp."

Das bin ich.

„Aus Prinzip sei jeder Vorschlag der AfD abgelehnt worden."

So ist es.

So wollte die AfD-Fraktion im Rahmen einer Handlungsempfehlung bürgernahe Programme wie „Jugend im Rathaus" in Nordrhein-Westfalen einführen. In Wiesbaden läuft dies seit Jahren erfolgreich. Das soll unmittelbaren Kontakt zu allen kommunal vertretenen Parteien ermöglichen. Die jungen Leute sollen sich selbst durch eigene Anschauung eine Meinung bilden. Zustimmung der anderen Fraktionen: Fehlanzeige!

Oder wir schlugen neutrale und überparteiliche Sendeformate auf YouTube, Instagram und sonst was vor zu den Themen „Demokratie" und „Partizipation". Zustimmung der anderen Fraktionen: Fehlanzeige!

Wir schlugen auch zu Beginn einer neuen Amtsperiode kommunaler Mandatsträger einen Begegnungstag mit Verwaltungsangestellten der jeweiligen Gemeinde vor. Zustimmung der anderen Fraktionen – Sie ahnen es –: Fehlanzeige!

Andererseits zeigen die anderen Fraktionen auch mit ihren eigenen Vorschlägen, was sie von Transparenz und Partizipation halten.

So wollen sie kleinen Parteien auf kommunaler Ebene den Fraktionsstatus erschweren. Dafür wollen sie die Gemeinde- und Kreisordnung in NRW ändern. Besonders für die kranke Tante SPD dürfte dies vielleicht bald ein Bumerang sein.

Wie wenig den Altparteien an einem sachlichen Diskurs gelegen ist, zeigte auch das Abstimmungsverhalten bei einer Handlungsempfehlung zu kommunalen Mandatsträgern mit Behinderung. Da sie vermeintlich aus der Feder der AfD stammte, sollte sie abgelehnt werden. Jetzt die schöne Volte – genau so war es, Sie wissen es ja –: Dann jedoch merkte man, dass es sich um ein redaktionelles Versehen handelte und es tatsächlich nicht um unsere Handlungsempfehlung ging, sondern um einen Vorschlag der Grünen. Daraufhin änderten alle Fraktionen in großzügiger Weise ihre Meinung sofort um 180 Grad und stimmten zu.

(Heiterkeit von der AfD – Helmut Seifen [AfD]: Unglaublich!)

In der Scheindemokratie der hier versammelten Fraktionen ist offenkundig maßgeblich, wer etwas sagt, und nicht, was man sagt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Bei der wiederholten Lobhudelei für die Bürgerräte – wir haben es eben noch einmal von den Grünen gehört – handelt es sich tatsächlich um eine Nebelkerze. Es geht eben nicht darum, dass die Bürger entscheiden. Aber genau das wäre richtig, wenn es etwa um eigene Angelegenheiten der Parlamente geht, um die Größe der Parlamente – darüber könnten ja die Bürger entscheiden – oder um das Geld für die Abgeordneten. Nein, das entscheiden wir. Das wäre mal eine Maßnahme für die Entscheidungsbefugnis der Bürger und eine Idee für die Enquetekommission. Aber nein!

Bei all dem habe ich dennoch wichtige Erkenntnisse aus der Arbeit dieser Kommission gezogen. Insofern möchte ich abschließend den letzten Satz des Beschlusses, mit dem die Kommission eingesetzt wurde, zu Gehör bringen – ich zitiere –:

„Wenn mit den Mitteln der Demokratie demokratische Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit diskreditiert werden und damit mittelfristig die Demokratie selbst in Gefahr gerät, wird sichtbar, wie fragil, voraussetzungsreich und wenig selbstverständlich die demokratischen Errungenschaften auch nach 72 Jahren demokratischer Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens sind."

Liebe scheindemokratische Fraktionen, Demokratie geht anders! Leider hat der Bürger für diese Kommission knapp 1,5 Millionen Euro ausgegeben. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Beckamp, mit dem Wort „Scheindemokratie" tue ich mich schwer.

(Roger Beckamp [AfD]: Wie bitte?)

– Ich will nicht mit Ihnen diskutieren, sondern nur sagen: Mit dem Wort „Scheindemokratie" tue ich mich schwer.

(Roger Beckamp [AfD]: Darüber können wir gerne sprechen!)

Ich plädiere dafür, dieses Wort nicht noch einmal zu benutzen. Wir weisen es freundlich zurück.

(Zuruf von Roger Beckamp [AfD])

Denn wir sind hier nicht in der Scheindemokratie, sondern wir sind hier in einer parlamentarischen Demokratie,

(Zuruf von Roger Beckamp [AfD])

an der Sie sogar teilhaben, weil Sie dafür gewählt wurden.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Zuruf von Roger Beckamp [AfD])

– Ich diskutiere nicht mit Ihnen.

Lassen Sie sich den Begriff noch einmal durch den Kopf gehen, und betrachten Sie das als eine nichtförmliche Ermahnung.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Damit stelle ich fest, dass der Landtag **den Abschlussbericht der Enquetekommission III Drucksache 17/13750 zur Kenntnis genommen** hat.

Ich darf noch einmal im Namen des Hohen Hauses auch von dieser Stelle aus allen Mitgliedern sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Enquetekommission für die engagierte und umfangreiche Arbeit danken. Ich bin sicher, Sie haben mit dieser Arbeit einen wichtigen Beitrag geleistet – das hat auch die gerade geführte Debatte gezeigt – und für künftige Entscheidungen interessante Grundlagen geliefert. – Danke schön.

Ich rufe nun auf:

4 Grundrecht auf Zukunft ernst nehmen: Die Landesregierung muss jetzt ein verfassungsfestes Klimaschutzgesetz vorlegen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/13771

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13843

Ich eröffne die Aussprache. Für die grüne Fraktion hat Frau Brems das Wort.

(Wibke Brems [GRÜNE] stoppt auf halbem Weg zum Redepult, weil sie ihre Maske vergessen hat. – Andreas Keith [AfD]: Jetzt werden wir alle sterben!)

Die Zeit wird kommen, Frau Brems. Bitte schön.

Wibke Brems (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

„Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt."

Dieses Zitat von Kant kennt wohl jeder. Selbst mir, die sonst mit Philosophie nicht so richtig viel am Hut hat, ist es bekannt.

(Heiterkeit von Josefine Paul [GRÜNE] und Verena Schäffer [GRÜNE])

Freiheit, ohne Zwang entscheiden zu können, das ist erstrebenswert. Viel zu viele aber verwechseln Freiheit mit einem Anspruch oder einem Recht auf ein bestimmtes Handeln. Sie meinen zum Beispiel, Freiheit bedeute das Recht, Kohle abzubaggern und zu verfeuern, weil sich damit am meisten Geld verdienen lässt. Sie meinen, Freiheit bedeute das Recht darauf, dass Autos immer größer werden und immer mehr Sprit verbrauchen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Sie meinen, Freiheit bedeute, Anspruch darauf zu haben, immer weiter unkontrolliert zu wachsen und die Ressourcen unseres Planeten aufzubrauchen.

Aber das alles, was sich einige da herausnehmen, ist keine Freiheit, all das gefährdet Freiheit. Das hat das Bundesverfassungsgericht am 29. April festgestellt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es hat klargemacht: Nicht Klimaschutz gefährdet Freiheit, zu wenig Klimaschutz gefährdet Freiheit,

(Zurufe von Roger Beckamp [AfD] und Helmut Seifen [AfD])

unsere und vor allem die zukünftiger Generationen.

(Beifall von Josefine Paul [GRÜNE])

Umgekehrt gesagt: Mehr Klimaschutz heute bedeutet mehr Freiheit morgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das wiederum bedeutet, dass alle Regierungen Verantwortung tragen, diese Freiheit von gegenwärtigen und zukünftigen Generationen zu schützen. Sie haben die Verantwortung, Klimaschutz nicht nur anzukündigen, sondern auch danach zu handeln. Ich habe erhebliche Zweifel, wie ernst diese Landesregierung und auch dieser Minister und der Ministerpräsident diese Verantwortung nehmen. Denn Ihre Ankündigungen und Ihr Handeln passen vorne und hinten nicht zusammen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das erste Beispiel dafür ist das Klimaschutzgesetz von Nordrhein-Westfalen. Sie haben angekündigt, dass Sie ein paar Zahlen verändern wollen. Es reicht nicht, ein paar Prozentzahlen oder Jahreszahlen zu ändern, Sie müssen schon sagen, wann wie welche Maßnahmen umgesetzt werden. Das haben Sie jedoch verhindert. Sie haben das alte Klimaschutzgesetz massiv ausgehöhlt. Daher fordern wir Sie auf, das Klimaschutzgesetz zurückzuziehen und komplett zu überarbeiten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich weiß, Sie mögen das nicht so gerne hören – ich habe es schon oft gesagt –, aber Sie kommen nicht darum herum: Um die deutschen Klimaziele zu